



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Hakenkreuzbanner. 1931-1945 2 (1932)**

170 (27.7.1932)

[urn:nbn:de:bsz:mh40-255447](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-255447)







# „Bolediek“ und „menschenwirtschaftliche Seelentherapie“

## Der Volksdienst zentriert am Rundfunk — Landvolf verzichtet auf Wahlrede

Am Dienstag begann die Reihe der amtlich zugelassenen Wahlreden im Rundfunk. Zunächst sprach Herr Simpfendörffer vom „Evangelischen Volksdienst“.

Nachdem er die Kühnheit besessen hatte, sich in seiner Anrede auch an die „deutsche Jugend“ zu wenden, die doch weiß Gott bis heute über die kreteinfache Mißgeburt des Zentrums nur gelacht hat, versuchte er die Seelenachse seines Häufleins aufzufinden mit folgenden Worten:

„Aufgabe des Volksdienstes ist es, das Weltbild und die Staatsauffassung evangelischen Glaubens in der „Bolediek“ durchzuführen.“

Dah Herr Simpfendörffer schwäbelte, nimmt ihm sicher niemand übel, trotzdem er wohl auch schon dieserhalb vielerorts in Deutschland nicht verstanden wurde. Aber selbst dort, wo man sein Idiom beherrscht und „Bolediek“ als „Politik“ und den „Disundräufigsten“ als „Einunddreißigsten“ übersehen konnte, wird man seine Methode, nach echter Zentrumsart die schmutzigsten politischen Kuhhandelsgeschäfte in den Mantel der Religion zu kleiden durchschaut und schärfstens verurteilt haben. Die 60 Bräunungs-Notverordnungen wurden von den „Simpfendörffern“ bekanntlich angenommen. Sie entsprachen also offenbar „dem Weltbild und der Staatsauffassung evangelischen Glaubens!“

Nun aber kam ein anderer Zentrümmer an die Stelle Bräunings, zog nach den Aussagen des Herrn Bräuning eine von ihm fertig vorbereitete Notverordnung aus der Schublade und setzte sie in Kraft. Wenn sie von Bräuning selbst noch verkündet worden wäre, so hätte sie bestimmt auch wieder „dem Weltbild und der Staatsauffassung“ des Herrn Simpfendörffer entsprochen. Da aber Herr von Papen nicht auch gleichzeitig den amtlichen Terror gegen die NSDAP, von den guten Zentrumsfreunden übernahm, so entspricht nun plötzlich diese Notverordnung nicht mehr „dem Weltbild und der Staatsauffassung evangelischen Glaubens!“ Nein, Herr Simpfendörffer, so dumm, wie manche Zentrumsparier ihre Schäfelein auf dem flachen Lande in politischer Hinsicht machen können, so dumm waren wohl nicht 100 ihrer Brüder im weiten deutschen Reich. So dumm aber müßten sie sein, wenn sie auf Ihren evangelisch-zentrümlichen Leim kriechen wollten!

Herr Simpfendörffer sprach im übrigen davon, daß man

„die Arbeiterorganisationen“ nicht aus der „Bolediek“ ausschalten dürfe. Der Zusammenhang, in dem diese Bemerkung fiel, läßt keinen Zweifel daran, daß

Herr Simpfendörffer mit den „Arbeiterorganisationen“

die sozialdemokratische Partei und die marxistisch verbundene Gewerkschaftsführung

meinte. Auch hier bewies also Herr Simpfendörffer seine geistige Wahlverwandtschaft mit dem Zentrum. Es entspricht also wohl nach Simpfendörffer „dem Weltbild und der Staatsauffassung evangelischen Glaubens“, den Handarbeiter für immer den jüdischen Rattenfängern des internationalen Finanzkapitals zu überlassen, den Klassenkampf zu verewigen und den Typus des marxistischen „Proleten“ nicht aussterben zu lassen. Wenn der „Volksdienst“ darauf verzichtet, eine „Arbeiterorganisation“ zu werden, so begreift man das. Aber wir verbitten es uns, daß ein Mann, der sich auf das Christentum beruft, den Marxismus, den Feind jeder Religion, quasi als

„Arbeiterorganisation“ bezeichnet. Wenn das Häuflein des Herrn Simpfendörffer nur noch aus „Faulenzern“ bestehen sollte, so hat er das vor dem deutschen Volk selbst zu verantworten. Aber dann hat Herr Simpfendörffer noch lange kein Recht, die Ausschaltung des Marxismus als

„Ausschaltung der Arbeiterorganisationen“ zu bezeichnen. Es ist gut, daß Herr Simpfendörffer auf diese Weise der Deffentlich-

keit klaren Wein eingeschenkt hat, damit alle wissen, was sie am „disundräufigsten“ zu tun haben.

Noch ein kurzes Wort zum zweiten Redner des Abends, Herrn v. Hauenstein (Landvolk): Er versuchte, sich an den deutschen Bauern von der Gefühlseite heranzupürschen, sprach viel von der Verbundenheit zur Scholle, sagte aber nichts, was das Verlagen der Herren Schlange und Schiele hätte rechtfertigen können. Aber er sagte ja auch gleich zu Anfang, daß seine Wahlrede keine Wahlrede sein solle, was von einem beachtlichen Maß von Bescheidenheit zeugt. Ob es aber dem deutschen Landmann auch ans Herz gegriffen hat, als Herr von Hauenstein statt über Schiele und Schlange Laten

von „menschenwirtschaftlicher Seelentherapie“

sprach, wagen wir nicht zu entscheiden. Wir glauben, daß der deutsche Bauer darüber am 31. Juli ganz unmißverständlich urteilt!

Deutsche! Wählt keine bankerotten Splitterparteien!

Seid endlich einmal einig!

Einig in allen Ständen, Klassen und Konfessionen!

Einig in heißer Liebe zur Heimat!

Wählt Nationalsozialisten!

Liste 2.

## Reichswehrminister Schleicher gegen die falschen Demokraten

Berlin, 26. Juli. Reichswehrminister von Schleicher sprach am Dienstag, abends 9 Uhr, zum ersten Male im Rundfunk. Es war zugleich die erste Rede, die der General seit der Übernahme des Reichswehrministeriums an die Deffentlichkeit richtete. Er begann seine Ausführungen mit folgenden Bemerkungen, die, wie er sagte, „einem Teil der Hörer eine gewisse Enttäuschung bereiten“: Ich bin kein Freund des militärischen Ausnahmezustandes, und ich bin erst recht kein Freund von Militärdiktatur, und das nicht etwa obwohl, sondern weil ich Minister für die Wehrmacht bin. Zwei Dinge sind dem Soldaten besonders unangenehm: als Polizist verpflichtet und in die Politik hineingezogen zu werden. Beides läßt sich beim militärischen Ausnahmezustand nicht vermeiden. Deshalb habe ich mich auch dafür eingesetzt, daß der zu einem bestimmten Zweck über Berlin und Brandenburg verhängte Ausnahmezustand so bald als möglich wieder aufgehoben wurde.

Der Minister zitierte dann seine kurze Erklärung an die Armee anlässlich seines Amtsantrittes, deren Hinweis auf die Zukunft ihm

von einem Teil der Linken übel genommen worden sei, da doch in den vergangenen Jahren alles geschehen sei, um das Ziel — Deutschlands Grenzen zu schützen und die nationale Sicherheit zu gewährleisten — zu erreichen. Das hat mich ehrlich erstaunt. Es hat mir wieder gezeigt, wie getn und leicht der Deutsche sich Illusionen hingibt, zumal wenn es ihm in seine Parteilichkeit paßt. Die nackte Tatsache ist doch die, daß kein anderes europäisches Land in so geringem Maße die Sicherheit besitzt, nach der, so paradox es klingt, gerade die stärkste Militärmacht der Welt unanfechtlich ruft. Diese Haltung unseres westlichen Nachbarn hat der Minister Stresemann, dem man doch wirklich keine Vorurteilenspartei gegen das Land seines Verhandlungspartners beizulegen nachsagen kann, feinerseit mit „Heuchelei“ bezeichnet, und ich glaube, daß es in Deutschland nur wenige Menschen geben wird, die dem nicht zustimmen. Nur manchmal läßt man auch in Frankreich die Kasse aus dem Sack. Zum Beweise dessen zitierte der Minister die jüngsten Beurteilungen des Generalberichterstatters des französischen Staatshauses über eine Befehlshaber der neuen französischen Besatzungen, die, wie der Berichterstatter sagte, völlige Sicherheit geben, und denen kein Gegner widerstehen könne. Man vergleiche diesen Bericht mit dem Verhalten und den Anträgen der französischen Abordnung in Genf. Eine treffende Kennzeichnung dieses Verhaltens verbietet mir meine internationale Höflichkeit. Wohl aber fordern derartige Tatsachen immer aufs neue den Vergleich mit der völligen Unfähigkeit Deutschlands heraus.

Wie könnte Deutschland Sicherheit bekommen? Theoretisch auf zwei Wegen: 1. Indem die Mächte bis auf unseren Küstungsstand abrücken, wozu sie rechtlich und moralisch verpflichtet sind. „Wann ist ein Schlachtschiff eine Verteidigungswaffe?“ wurde einmal gefragt. „Wenn es die britische oder amerikanische Flagge führt“, lautete die Antwort eines anderen Sachverständigen. Ich glaube, diese spöttischen Worte sagen mehr als die schönsten diplomatischen Formen, die den katastrophalen Mißerfolg der Abrüstungskonferenz verdeutlichen wollen. Wir können zweitens Sicherheit erreichen, indem wir unsere Wehrmacht so umbauen — nicht ausbauen — daß sie uns wenigstens ein gewisses Maß von Sicherheit gibt, und ich möchte im Anschluß an die deutsche Schlussfolgerung in Genf keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß wir diesen zweiten Weg gehen werden, wenn man uns auch in Zukunft volle Sicherheit und Gleichberechtigung weiser vorzenthält. Ich kann Kritikern sagen, daß eine moderne, ihren Zweck wenigstens

einigermaßen erfüllende Wehrmacht nicht teuer ist als die Wehrmacht des Versailles. Diktats das durch seine zum Teil direkt sinnlosen Bestimmungen uns gänzlich unnütze und unproduktive Mehrkosten aufzwingt.

In der Landesverteidigung liegt die hohe und ideale Aufgabe des Soldaten. Richtig ist natürlich, daß die Wehrmacht auch die Alltime radikal des Staates darstellt, und daß ihr Einsatz in kürzester Frist Ruhe und Ordnung wieder herstellen und die Staatsautorität voll zur Geltung bringen muß. Daß die Wehrmacht dazu in der Lage ist, wird nach den Ereignissen der letzten Tage wohl niemand mehr ernstlich bezweifeln. Richtig ist allerdings auch, daß sich beim Einsatz der Wehrmacht scharfe Maßnahmen nicht vermeiden lassen. Aber derartig harte Maßnahmen sind meist die mildesten, weil sie am schnellsten zum Erfolge führen.

Nichts hat mich so sehr geärgert, als der Vorwurf, ich hätte die Wehrmacht in die Parteipolitik gebracht. Das ist ein ungerechter Vorwurf, den ich mir vor allem von denen nicht machen lasse, gegen deren festigen Widerstand ich seit 1918 verhandelt habe, daß die Reichswehr eine Parteigruppe wurde.

Die Behauptung, die „Junke und Generale“ hätten Bräuning gestützt, ist eine glatte Lüge! Ich muß das in aller Deffentlichkeit feststellen.

Ich begrüße die Ausführungen des Führers der NSDAP, Adolf Hitler, in Verhiesgaben über die Aufgaben und Stellung der Wehrmacht, denn sie decken sich völlig mit meinen Auffassungen.

Eine Militärdiktatur wird in Deutschland nicht errichtet. Alle derartigen Behauptungen sind aus der Luft gegriffen und es steht gerade den Verteidigern der Demokratie, die sich nicht nur von Demokratie reden, aber um ihrer Parteiziele willen gern zur Diktatur ohne Halt im Velke gegriffen hätten, schlecht an, solche „Befürchtungen“ zu äußern.

In der Wehrmacht herrscht nationaler und sozialer Geist. Wir begrüßen die Eiedlung im Osten als Lebensnotwendigkeit für die Verteidigung der Grenzen und wir denken nicht daran, was die deutsche Wirtschaft aniangt, überlebte Wirtschaftsformen oder unhaltbare Verhältnisse denken oder stützen zu wollen.

Nachdem sich Reichswehrminister Schleicher noch für die Wehroverbände ausgesprochen hatte und das landesverräterische Puch geistelte, das sich nicht schenke, Frankreich die Argumente gegen diese deutschen Verbände zu liefern, schloß er mit dem Wunsch für das deutsche Volk:

Ich wünsche ihm eine Regierung, die dreierlei hat: Mut, Entschlossenheit und Verantwortungs-treue!

## Bg. Schulz vor über 2000 in Heidelberg

Es ist unmöglich für uns Nationalsozialisten an einem Abend mit all dem Terror und all den Lügen abzurechnen, mit denen die NSDAP bekämpft wurde und bekämpft wird. So rechnete Bg. Schulz nur mit den gemeinen Gemeinigen ab und mit den illegalen Terrormaßnahmen der Regierungen.

Anfänglich schilderte er, wie er mit anderen deutschen Männern die Ostgrenze gegen die Polacken verteidigte und wie „zum Dank“ gegen ihn, angefaßt durch die gemeinen Bächer Gumbels, eine able Heße gegen die sog. „Feme“ begann.

Genau so wie damals die Schäfer der deutschen Heimat bekämpft wurden, so heße man heute wieder mit Lüge und Terror gegen die deutsche Freiheitsbewegung. Großer Beifall dankte Bg. Schulz für seine Ausführungen, die ein Ansporn waren, nun endlich Schluß zu machen, mit diesem System der Lüge und des Terrors.

Wir weisen heute schon auf die am Samstag, den 30. April abends 8.30 in der Stadthalle stattfindende große Kundgebung hin. Es sprechen:

Bg. Dr. Ursin-Wien über „Unser Kampf um ein nationalsozialistisches Großdeutschland“ und Pgn. Margarete Klein-Heidelberg über „Die Deutsche Frau in der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei“.

Da am letzten Tag vor der Wahl ein besonders großer Andrang gewiß ist, empfehlen wir, die Karten an den üblichen Stellen im Vorverkauf zu besorgen.

## Altersrentner!

## Invalidenrentner!

Gegenüber den verlogenen Behauptungen, die Nationalsozialisten hätten die Kürzung Eurer Renten befürwortet oder gar herbeigeführt, erklärt die Reichsorganisationsleitung der NSDAP ausdrücklich, daß die nationalsozialistische Bewegung stets mit der größten Schärfe gegen jede Kürzung der Alters- und Invalidenrenten eingetreten ist.

Der Abbau Eurer Renten ist allein durch das Notverordnungssystem Bräuning verschuldet, das ein stetes Anwachsen der Arbeitslosigkeit und im naturnotwendigen Zusammenhang damit ein stetes Anwachsen von Not und Elend gebildet und durch seine falsche Wirtschaftspolitik geradezu herbeigeführt hat.

Wir Nationalsozialisten kämpfen für die Beseitigung dieses Systems. Wir kämpfen gegen die unfruchtbare Notverordnungspolitik.

Wir kämpfen für Arbeitsbeschaffung.

Nur durch das nationalsozialistische Arbeitsbeschaffungsprogramm kann der Not und dem Elend ein Ende gemacht und der Staat wieder in den Stand gesetzt werden, seinen sozialen Verpflichtungen nachzukommen.

Der Nationalsozialismus erkennt diese Verpflichtung und die Rechte der Sozialversicherer rückhaltlos an, er wird alles daran setzen, um diese Rechte zu schützen. Ja, er plant darüber hinaus einen

### großzügigen Ausbau der Altersversorgung

wie es in Punkt 15 unseres Parteiprogramms unabhängig festgelegt ist. In dem wirtschaftlichen Sofortprogramm, das die Hauptabteilung IV (Wirtschaft) der Reichsorganisationsleitung soeben herausgegeben hat, ist die Verpflichtung des Staates zur Rettung der Sozialversicherung und zur Aufrechterhaltung und zum Ausbau der Altersversorgung nochmals besonders betont und anerkannt worden.

Schl Euch die Parteien an, die die Sozialversicherung zerschlagen, und die Invaliden und Veteranen der Arbeit ihrer letzten Rechte beraubt haben.

Es sind die Parteien, die seit 14 Jahren in Deutschland regieren und für die deutsche Not und für das deutsche Elend voll verantwortlich sind.

Es sind die Parteien, die mit den gemeinsten Mitteln der Lüge und Verleumdung, des Polizeiterrors und des organisierten Mordes den Nationalsozialismus an der Machtgreifung verhindern und mit ihrer Herrschaft die Not des deutschen Volkes verewigen wollen.

Altersrentner, Invalidenrentner, gebt denen, die Euch den letzten Groschen geraubt haben, die richtige Antwort!

## Werdet Nationalsozialisten!

Der Reichsorganisationsleiter: g3. Gregor Straker.  
Der Leiter der Hauptabteilung IV (Wirtschaft): g3. Dr. Wagener.

# Große Massen-Versammlung

am Freitag, 29. Juli 1932, abends 8.30 Uhr im „Rosengarten“. Es spricht der Leiter des Reichswirtschaftsrates der NSDAP. **Gottfried Feder** über das Thema:

## „Fertig machen nach Palästina!“

Vorverkauf: Volkische Buchhandlung P 5, 13a.

„Für verlogenen Zentrum gegen alle...“

„Er und land jedes Parole...“

„Mit ein land noch die Bankro...“

„Es hat d binett Pape...“



# Das ist Heinrich Brüning und seine Partei

„Für Wahrheit und Recht“ unter dieser verlogenen heuchlerischen Devise führt das Zentrum seit Jahren einen erbitterten Kampf gegen alles Nationale in Deutschland.

Seit dem 14. September 1930, an dem sich 6 1/2 Millionen deutscher Männer und Frauen zu der Idee des Nationalsozialismus bekannten, richtet sich der Kampf des Zentrums in erster Linie gegen die NSDAP. Mit allen Mitteln der Lüge und Verleumdung kämpfen die Führer der Zentrumspartei gegen das erwachende Deutschland.

Trotzdem nach dem 14. September das Kabinett Brüning im Reichstag keine klare Mehrheit für seine Politik erhalten konnte, und nur mit der Tolerierung der Sozialdemokratie mühselig sein Dasein fristete, wurde dem deutschen Volke zwei Jahre lang zugemutet, die dilettantische Politik Brünings zu ertragen. Die Minderheitsregierung Brüning zwang dem deutschen Volke durch seine Notverordnungspolitik Not

und Elend auf. Als es in Deutschland den breiten Massen immer offenkundiger wurde, daß diese Bankrotspolitik unfähiger und ehrgeiziger Zentrumsführer zum Ruin des deutschen Volkes führen würde und als die Kritik an dem System Brüning immer schärfer einsetzte, da mißtraute der Zentrumskanzler Brüning das Vertrauen, das ihm der greise Reichspräsident entgegenbrachte dazu, um die öffentliche Meinung in Deutschland in der schärfsten und rigorosesten Form zu knebeln. Er erließ durch Notverordnung seine berüchtigten Maulkorngesetze für die nationale Presse und Propaganda.

Der Zentrumskanzler, dessen Partei mit der scheinheiligen Devise „Für Wahrheit und Recht“ in die Wahlkämpfe zieht, hat in Deutschland unter Androhung von Gefängnisstrafen durch Notverordnung der Opposition verboten, über seine unfähige Regiererei die Wahrheit zu sagen.

## Brüning hat in Deutschland das Recht gebeugt und die Wahrheit verboten

Er und seine Partei haben damit in Deutschland jedes Recht erwidert, weiter für sich die Parole „Für Wahrheit und Recht“ in Anspruch zu nehmen.

In diesem Reichstagswahlkampf stellt das Zentrum die ungeheuerlichsten Lügen und Verleumdungen über die Nationalsozialisten auf. Die Zentrumspartei hat für den Wahlkampf Material in Form von Flugblattentwürfen, Redemanuskripten und Wahlsondernummern herauszugeben, das vor Lügen nur so strotzt. In diesen Flugblättern steht u. a. die alte Lüge, Hitler habe bei der Bildung der neuen Regierung Pate gestanden — die Nationalsozialisten hätten dieses Kabinett geschaffen usw. Das ist nicht nur Schwindel und Lüge, sondern eine gemeine Verleumdung des amtierenden Reichspräsidenten von Hindenburg. Nach der Verfassung hat allein der Reichspräsident das Recht, eine Regierung zu ernennen, und es ist eine böswillige Verleumdung seitens der Zentrumspartei, wenn sie dem Volk glauben machen will, daß Hindenburg von den Wünschen Hitlers abhängig sei. Hindenburg hat Brüning entlassen, weil dieser das Vertrauen des Reichspräsidenten auf das schändlichste mißbraucht hat. Er hat kraft seiner Vollmacht, die ihm die Reichsverfassung gibt, nicht einen Nationalsozialisten, sondern den Herrn von Papen, der bis zum April 1932 Abgeordneter der Zentrumspartei im preussischen Landtag war, mit der Bildung des Reichskabinetts beauftragt. Der Versuch des Zentrums, diese Tatkunde zu verdrehen, um die Nationalsozialisten zu diffamieren, stellt eine bewußte und freche Wahlüge dar. Das Zentrum aber gibt vor, „Für Wahrheit und Recht“ zu kämpfen.

Mit einer Dreifachheit, die bisher in Deutschland noch keine Partei befehen hat, versuchen die Bankrottseure von gestern, die Brüning und Genossen, sich in einem Flugblatt an Arbeiter und Angestellte zu wenden, in dem sie die verlogene Behauptung aufstellen, daß Brüning die Sozialversicherung, die Arbeitslosenversicherung usw. durch die Krise hindurchgerettet hätte. Es nützt ihnen nichts, diese Lügen verlangen heute beim deutschen Volk nicht mehr. Es ist den Massen der Arbeiter und Angestellten nur zu gut bekannt, daß

### Brüning es war,

der die Sozialversicherung zerschlagen hat, der die Arbeitslosenversicherung zerschlagen hat, der das Betriebsrätegesetz außer Kraft gesetzt hat, der den Invaliden- und Altersrentnern ihre Bezüge gekürzt hat.

Es ist eine verlogene Heuchelei, wenn heute die Partei des Bankrottpolitikers Brüning die Massen gegen die Notverordnung des Kabinetts Papen anzukämpfen versucht.

Wer ist denn der Vater dieser Notverordnung? — Kein anderer als der Bankrottpolitiker Brüning selbst.

Er hat die neue Notverordnung, die vom Kabinett Papen erlassen ist, ausgearbeitet. Brüning hat das in seiner Wahlrede in Köln am 3. Juli 1932 selbst zugegeben. Er erklärte in Köln:

„Ihm liege es nicht, gegen die neue Notverordnung irgendwie polemisch aufzutreten. Nachdem sein Kabinett aber die neue Notverordnung unterschrieben fertig gehabt habe, mache es nicht den Eindruck übermenschlicher Energie, wenn jetzt im Laufe von vier Wochen eine Seite dieser fertigen Notverordnungen nach der anderen schlagartig herausgeworfen werde.“

Hier ist der deutsche Beweis erbracht, daß alle Scheinangriffe des Zentrums gegen die neue Notverordnung eitel Schwindel und Lüge sind. Denn Brüning selbst erklärt ja, daß er diese Notverordnung „unterschriftsreif“ gemacht habe. Wieder ist eine plumpe Wahlüge des Zentrums entlarvt, und das Zentrum aber gibt vor, „Für Wahrheit und Recht“ zu kämpfen.

Auch ein weiteres Flugblatt, das sich an die katholischen Nationalsozialisten wenden soll, wimmelt nur so von Lügen. Es wird da die alte Lüge wieder aufgeführt, daß die Nationalsozialisten in Mecklenburg-Strelitz aus feindlicher Haltung gegen die katholische Kirche die Streichung der Zuschüsse für die katholischen Kirchengemeinden beantragt und durchgeführt hätten. Eine bewußte Fälschung und Verfälschung! Die Kirchenzuschüsse sind nicht aus irgendeiner Feindschaft heraus gestrichen worden, sie sind auch nicht der katholischen Kirche allein, sondern gleichmäßig den katholischen und protestantischen und den Synagogen gestrichen worden. Die Schuld an dieser Streichung aber trägt die Finanznot der kleinen Länder, die herbeigerufen ist durch den Erfüllungswahnsinn der Brüning'schen Politik.

### Schwarze Lügen

Das Zentrum läßt die Nationalsozialisten hätten in allen Landesteilen eine heijerliche Kirchenaustrittsbewegung aus Anlaß des Falles Gemeinder einfacht! Eine freche Lüge! Nicht ein einziger nationalsozialistischer Führer hat das traurige Verbalten gewisser Zentrumskreise in dem Fall Gemeinder dazu benutzt, um Katholiken zum Austritt aus der Kirche zu bewegen. Im Gegenteil, die NSDAP hat derartige Gedanken von jeder von sich gemieden, weil sie es im Gegenteil zu dem scheinheiligen Zentrum ablehnt, legendweiches Mißbrauch mit der Religion zu treiben. Für die NSDAP ist die Religion und der christliche Glaube viel zu heilig, als daß es damit — wie das Zentrum — parteipolitischen Mißbrauch treiben könnte.

Eine weitere erbärmliche Lüge ist es, wenn dieses Zentrumspamphelet behauptet, daß von den Nationalsozialisten gegen die katholische Öffentlichkeit gehetzt würde. Wir fordern das Zentrum auf, hier nicht leere Behauptungen aufzustellen, sondern wirkliche Fälle zu nennen. Solange dies vom Zentrum aus nicht geschieht, müssen wir derartige Erklärungen als das bezeichnen, was sie sind, als plumpe, dreiste Wahlflügen.

Genau so verlogen wie die Flugblattentwürfe ist das von der „Germania“ gedruckte Rednermanuskript des Zentrums. In diesem möchte das Zentrum dem deutschen Volke vorschwindeln, daß noch niemals seit 1871 ein Reichstag aufgelöst worden sei, weil er dem politischen Willen des Volkes nicht entspricht. Warum hat denn

dann Brüning den Reichstag im Jahre 1930 aufgelöst? Doch nur deshalb, weil er hoffte, daß der neue Reichstag seinen Wünschen geneigter wäre. Brüning ist damals am 14. September von der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes abgelehnt worden. Er hat damals zum Schaden des deutschen Volkes nicht die Konsequenz aus dieser Ablehnung gezogen, sondern ist weiter auf seinem Ministerstuhl sitzen geblieben.

Weiter heißt es in diesem Pamphlet in Bezug auf die Konferenz in Lausanne: „Vorbei ist der Schrei nach Widerruf der Kriegsschuldfrage“. Das ist eine bewußte Lüge, denn wir und alle nationalsozialistischen Zeitungen haben wiederholt die Regierung Papen, die keine nationalsozialistische ist, aufgefordert, in Lausanne die Wiederrufung der Kriegsschuldfrage durchzuführen. Die NSDAP hat der Regierung, als sie dies nicht tat, ihre schärfste Mißbilligung ausgesprochen.

Mit einer geradezu salubristischen Verdrehungskunst versucht die Partei des Bankrottpolitikers Brüning in diesem Rednermanuskript die Nationalsozialisten für die Tätigkeit der Regierung von Papen verantwortlich zu machen. Mit einer Scheinheiligkeit sondergleichen versucht diese Bankrottpartei sich mit dem deutschen Volk zu identifizieren und stellt die Frage, wo denn die Erfüllung der Forderungen der Nationalsozialisten geblieben sei. Sie verschweigt dabei abschließend, daß die NSDAP von Anfang an erklärt hat, daß die Regierung Papen keine nationalsozialistische Regierung ist. Dieser Versuch, die Tatsachen zu verdrehen, ist weiter nichts, als ein verlogenes Wahlmanöver der angeblich für „Wahrheit und Recht“ kämpfenden Zentrumspartei.

Das Zentrum fragt, wo die „Säuberungsaktion“ bleibe. Wir Nationalsozialisten können den Herren vom Zentrum versichern, daß in dem Augenblick, wo eine nationalsozialistische Regierung gebildet wird, eine Durchgreifung der Säuberungsaktion einsehen wird. Eine Säuberungsaktion, daß den Herren vom Zentrum hören und sehen vergeht. Wir Nationalsozialisten werden dann gewisse Zentrumsführer, die jahrelang mit der Sozialdemokratie unter einer Decke gehandelt haben, aus dem Korruptionspfump herausziehen und dem Staatsanwalt übergeben. Insbesondere werden wir Nationalsozialisten dem Herrn Dr. Pünder aus der Reichskanzlei ganz bestimmt kein Anerkennungs schreiben mit auf den Weg geben, sondern wir werden durch

## Mitglied des Kabinetts Brüning

der im März 1930 dem deutschen Reichstag ostentativ zurief:

„Wir belügen nicht das deutsche Volk, es ist uns bitter ernst mit diesen Steuererhöhungen, deshalb empfehlen wir ihnen, den Youngplan anzunehmen.“

Der Reichskanzler dieses Kabinetts aber war Dr. Heinrich Brüning. Wir haben damals gewarnt und die Not vorausgesagt, die heute eingetroffen ist. Wie wurden genau so wie heute verhöhnt, verhöhnt und verspottet.

Brüning hat in seiner zweijährigen Regierungstätigkeit das deutsche Volk an den Rand des Abgrundes geführt. Er hat durch seine Bankrottpolitik das deutsche Volk in Grund und Boden regiert.

Ein Mann mit Schamgefühl würde nach solch schalantem Verhalten still und schuldbehaftet in einer Versenkung verschwinden. Nicht so der Demagoge Brüning. Er zieht im Land umher und läßt sich von seinen Zentrumsbongzen als der kommende Kanzler feiern und versucht, in Agitationsreden seine verderbliche Politik zu verschleiern. In einer Versammlung in München erklärte er am 20. Juli, er habe seine Maßnahmen 1930 ohne Belagerungsstand treffen können und ohne daß in wenigen Wochen nahezu 100 Tote durch politische Kämpfe auf der Straße lagen.

Das ist eine ungeheuerliche Verdrehung der Tatsachen. Ein Belagerungsstand war notwendig, weil von 1930 bis 1932 über 2 Jahre auf dem verantwortlichen Posten des Reichskanzlers ein unfähiger und ehrgeiziger Parteipolitiker saß. Die Schuld an den Toten der letzten Wochen trägt kein anderer als der Mann, der 2 Jahre gegenüber dem Rotmord-Terror vollkommen versagte, der Reichskanzler Dr. Heinrich Brüning.

Brüning gibt das gewissermaßen zu, wenn er seinen Rechtfertigungsversuch in München mit den Worten fortsetzt: „Weil wir alles mit behutsamer Hand in Angriff genommen

den Staatsanwalt ihn über seine Beziehungen zu dem überberühmten Spritschleiber Peter Schwarz aus Monheim a. Rh. befragen lassen.

Wie sehr die prominentesten Führer der Zentrumspartei diese Säuberungsaktion fürchten, geht aus der Tatsache hervor, daß der Führer des Zentrums, der Herr Kaas, seit Wochen in Italien weilt. Wir Nationalsozialisten haben seit einem Vierteljahr gegen den Vorsitzenden des Zentrums, Herrn Kaas, die Anklage erhoben, daß er mit dem überberühmten Spritschleiber Peter Schwarz aus Monheim am Rhein Schiebergeschäfte gemacht hat und durch diesen Gauner deutsche Gelder ins Ausland verschleubt ließ. Kaas hat darauf verzichtet, zu diesen Angriffen irgendwie Stellung zu nehmen, weil das Beweismaterial einfach erdrückend war. Es gibt zu denken, daß der Herr Kaas sich heute in Italien aufhält und erklären läßt, er beabsichtige, vor der Wahl nicht nach Deutschland zurückzukehren. Ja, man munkelt sogar, daß er die Absicht habe, sich in der Nähe von Meran eine Villa zu kaufen. — Wir können uns denken, welche Gründe den Führer der Zentrumspartei veranlassen, in das Ausland zu fliehen. Es ist das schlechte Gewissen eines der Teilnehmer an Schiebergeschäften überführten Zentrumsführers, der mit Recht die kommende nationalsozialistische Säuberungsaktion zu fürchten hat.

Mit einer unverschämten Frechheit fragt das Zentrum, wo denn das Christentum der Tat bleibe. Es schreibt: „Leider haben wir bisher nur Worte vernommen, aber noch keine Taten gesehen.“ Hierbei stellt das Zentrum eine Reihe von Forderungen auf, über die man erstanni den Kopf schütteln und sich fragen muß, warum denn Herr Brüning, der Zentrumskanzler, diese Forderungen in seiner zweijährigen Regierung nicht durchgeführt hat.

Den Gipfel der Verlogenheit und Demagogie erklimmt jedoch die Zentrumswahlnummer „Der Weckruf“, in welchem der Satz steht: „Wir klagen den Nationalsozialismus an, daß er das deutsche Volk mit demagogischen Phrasen über die Wirklichkeit hinwegtäuscht.“ Wie stellen hierzu fest, daß wir Nationalsozialisten jahrelang, ja, seit dem deutschen Volk über die verderbliche Politik des Zentrumskanzlers Brüning aufgeklärt haben. Wir haben im Frühjahr 1930 das deutsche Volk gewarnt, die wahnsinnige Tributpolitik dieser Zentrumsbankrottseure mitzumachen, haben es gewarnt, den Youngplan anzunehmen und wurden dafür von Brüning und Genossen als Katastrophopolitiker hingestellt.

Es war der Finanzminister Dr. Moldenhauer,

haben.“ Jawohl, weil Herr Heinrich Brüning mit behutsamer Hand die kommunistischen Mordorganisationsen gesteuert hat, deshalb lobt heute in den Straßen der rote Mordterror. — Hätte Herr Dr. Heinrich Brüning in seinen zwei Jahren Reichskanzlerschaft gegenüber der Rotmordpest energisch durchgegriffen, dann brauchen wir heute keinen Belagerungsstand und dann hätten wir in Deutschland keine politischen Morde mehr.

Der engstirnige Parteipolitiker Brüning hat, geleitet vom falschen Ehrgeiz und Nachdünkel und in dem Bestreben, um jeden Preis auf seinem Posten bleiben zu können, das Verbrechen begangen, die aufstrebende nationalsozialistische deutsche Freiheitsbewegung, in der die besten Kräfte des deutschen Volkes vereint sind, gleichzusetzen mit dem von Moskau besoldeten kommunistischen roten Untermenschen.

Am 31. Juli wird die nationalsozialistische Welle über Brüning und seine Partei hinweggehen. Die Regierungzeit Brünings wird eines der traurigsten Kapitel der deutschen Geschichte sein. Sie wird eine Zeit darstellen, in der die Besten der Nation von regierungswegen verfolgt und geknebelt wurden.

Das deutsche Volk wird am 31. Juli in schärfer Form den Bankrottpolitiker Heinrich Brüning und sein verderbliches Notverordnungssystem ablehnen.

Das deutsche Volk weiß, daß die Zeit der Interessensparteien vorbei ist und daß in Deutschland die eine große deutsche Partei, die Partei Adolf Hitlers, bereit ist, das Erbe der Systemparteien anzutreten und ein neues, starkes, mächtiges deutsches Reich aufzurichten. Ein Reich der Freiheit und des Friedens, ein Reich der nationalen Ehre und der sozialen Gerechtigkeit. Ein Reich, das dem deutschen Volke endlich das gibt, was es seit Jahren von den Systemparteien vergeblich gefordert hat, nämlich

Arbeit und Brot!

# Adolf Hitler

Am Freitag, 29. Juli 1932, abends 7 1/2 Uhr, spricht der Führer der deutschen Freiheitsbewegung

## Adolf Hitler auf dem FFC.-Stadion (Waldsee)

Kartenvorverkauf bei der Geschäftsstelle der NSDAP, Freiburg, Schusterstraße 20, Telefon 6189; Alemannen-Verlag Freiburg, Kaiserstraße 25, Telefon 7747.

Die Kundgebung verspricht die größte Oberbadens zu werden. Am Bahnhof ist sofortiger Anschluß mit der Elektrischen Straßenbahn bis in die unmittelbare Nähe des Stadions möglich.

Preise der Plätze: Numerierte Sitzplätze RM. 5.— und 3.—; Unnumerierte Sitzplätze RM. 2.—; Stehplätze RM. 1.— und —.50.

lung  
Es spricht  
Feder



